

**Rede
des Fraktionssprechers für Rechts- und
Verfassungsfragen**

Ulf Prange, MdL

zu TOP Nr. 24

Abschließende Beratung

**Niedersachsen soll Vorreiter bei der regelmäßigen
Berichtslegung über die Kriminalitätslage werden**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2573

während der Plenarsitzung vom 26.02.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Der Vorschlag der Grünen hat aus unserer Sicht einige Schwächen. Der wesentliche Grund, warum wir ihn heute ablehnen werden - das haben wir ja auch schon im Ausschuss kommuniziert - ist, dass aus unserer Sicht Aufwand und Nutzen in keinem angemessenen Verhältnis stehen.

Herr Kollege Limburg, Sie haben eben viele richtige Dinge ausgeführt. Dass wir Defizite in der Erkenntnislage haben, ist, glaube ich, unstrittig. In der Frage, wie wir zu besseren Erkenntnissen kommen, halten wir Ihren Vorschlag aber tatsächlich für ungeeignet, und das ist ja auch nicht nur unsere Auffassung. Sie haben die schriftliche Unterrichtung über die Länderabfrage angesprochen, in der ja sehr deutlich geworden ist, dass die meisten anderen Bundesländer diesen Weg, den Sie hier vorgeschlagen haben, eben auch nicht gehen.

Im Übrigen würden wir mit solch einer regelmäßigen Berichtslegung Doppelstrukturen schaffen, Parallelstrukturen zu den bereits vorhandenen Statistiken, die Sie angesprochen haben: zur Polizeilichen Kriminalitätsstatistik und zur Strafverfolgungsstatistik. Damit haben wir gute Instrumente, die aussagekräftig sind und gute und solide Entscheidungsgrundlagen darstellen und die wir kontinuierlich weiterentwickeln müssen.

Da ist in den letzten Jahren einiges passiert. Ich will auf die Lagebilder zur Organisierten und auch zur politisch motivierten Kriminalität hinweisen. Die PKS wird fortlaufend angepasst, um Schwächen zu beheben und aktuellen Informationsbedürfnissen nachzukommen. Und die Polizei führt ja auch bedarfsbezogene Erhebungen zur Kriminalitätslage einschließlich des Dunkelfeldes durch.

Hinzu kommen der länderübergreifende Informations- und Analyseverbund und auch neue Software und Technologien wie PreMAP, mit der wir im Bereich der Einbruchsdiebstahlkriminalität große Erfolge haben und tagesaktuell deliktorientierte Auswertungen bekommen. Wir halten es für richtig, dass wir genau an dieser Stelle weiterarbeiten. Ich habe es angesprochen. Es ist in letzten Jahren viel geschehen. Mit unserem Innenminister Boris Pistorius haben wir einen Innenminister, der in diesem Bereich viel umgesetzt hat und mit seinem Haus hier auch weiter vorangehen wird. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

Ihr Vorschlag hat zwei weitere Schwächen. Sie wollen einen neuen Berichtszeitraum von zwei Jahren einführen. Dieser passt nicht in die Systematik. Da bekommen wir Probleme bei der Vergleichbarkeit. Das stellt den Mehrwert dieser Berichtslegung aus meiner Sicht infrage, und die Aktualität ist nicht gewährleistet. Auch deswegen sehen wir das Ganze skeptisch.

Ich hatte im Ausschuss nach dem finanziellen Aufwand gefragt. Uns ist berichtet worden, dass für den Vorschlag der Grünen auf Bundesebene von der Bundestagsfraktion der Grünen selbst 2 Millionen Euro an jährlichen Kosten angegeben worden sind. Das MJ hat ausgeführt, dass das nicht zu hoch gegriffen und realistisch ist. Wir sprechen für Niedersachsen also über mehrere Hunderttausend Euro jährlich. Das ist eine Menge Geld, und wir haben eine andere Schwerpunktsetzung in der Koalition vereinbart. Das Geld haben wir nicht im Justizetat, und weitere Aufstockungen wollen wir zur Stärkung des Rechtsstaats in neue Stellen und in Sachmittel investieren. Das hat für die Sozialdemokratie an dieser Stelle Priorität.

Ich will zugestehen, dass es bei der Interpretation und Auslegung von Statistiken zu Fehlern kommt. Dies gilt natürlich auch für die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik. Das geschieht teils versehentlich, teils aber auch bewusst. Ich habe aber noch nicht erkennen können, wie wir dort mit der von Ihnen vorgeschlagenen Berichtslegung eine Veränderung herbeiführen können. Sie haben angesprochen, dass wir mit dem KFN, dem Kriminologischen Forschungsinstitut - ich will hier auch die Kriminologische Zentralstelle nennen -, eine gute wissenschaftliche Expertise haben, um bei diesem Thema genau das zu bekommen, was man braucht: die wissenschaftliche Begleitung. Statistiken sind immer anfällig für Fehlinterpretationen, und deswegen müssen sie wissenschaftlich eingeordnet werden, und das passiert auch in unserem Land.

Im Antrag der Grünen - das war auch noch Gegenstand der Ausschussberatung - ist auch der Versuch der AfD angesprochen worden, die Krankenhausmorde des Niels Högel und die damit einhergehende Erhöhung der Zahl der Mordfälle in der Polizeistatistik den Flüchtlingen zuzuschreiben. Das ist hochgradig unanständig. Damit verhöhnt die AfD die Opfer des Niels Högel. Mit solchen bewussten Fehlinformationen werden Menschen aufgehetzt, und es wird Hass, Hetze und Gewalt der Boden bereitet und unsere Gesellschaft gespalten. Dies ist unerträglich, und hier müssen wir alle - Politik und Gesellschaft - gegenhalten.

Ich glaube aber nicht, dass wir das mit zusätzlichen Statistiken hinbekommen. Das werden die nämlich immer machen, so gut die Statistik auch ist. Lassen Sie uns wirklich genau das machen: dem wissenschaftliche Erkenntnisse - ich habe es gesagt - zur Einordnung entgegenhalten.

Es ist wirklich skandalös, dass mit diesen Zahlen, die in der Kriminalstatistik verspätet aufgetaucht sind - das war ja Anlass für diese Debatte -, argumentiert worden ist, dass die Mordfälle sich verdreifacht hätten und dass das ja nur an Flüchtlingen liegen könne. Das ist natürlich eine Verhöhnung der Opfer auf der einen Seite, es ist aber auch das, was Sie immer machen: der Versuch, die Gesellschaft zu spalten. Dass Sie das dann hier noch nicht einmal eingestehen,

sondern es jetzt wieder wegreden wollen, ist unanständig und, wie ich finde, auch wirklich ein schlechter Stil.

Abschließend will ich noch einen Satz zu dem Punkt sagen, der uns natürlich auch beschäftigt hat: Wie bekommen wir die objektive Kriminalitäts-rate, die sich in den letzten Jahren zunehmend verbessert hat, und das subjektive Empfinden in Teilen der Bevölkerung, dass es in diesem Land unsicherer geworden ist, überein? Ich glaube, dafür brauchen wir keine zusätzlichen Statistiken, sondern das müssen wir anders angehen, auch über die sozialen Netzwerke.

Im Ausschuss ist das Projekt „Social Media Manager bei der Polizei“ vorgestellt worden. Damit kann gegengesteuert, zur Versachlichung beigetragen und gegen Fehlinformationen vorgegangen werden.

Das ist ein weiteres Institut, das seitens der Polizei und des Innenministeriums zur Verfügung gestellt wird, um gezielte Fehlinformationen, aber auch andere falsche Informationen klarzustellen.

Wir dürfen die sozialen Netzwerke nicht den Scharfmachern überlassen. Ich glaube, da sind die regierungstragenden Fraktionen gut aufgestellt. Wir werden den Antrag ablehnen, weil wir nicht sehen, dass das zusätzliche Instrument einen Nutzen hätte, und weil es Aufwand nach sich zieht.

Vielen Dank.